



Manuskript zur Veröffentlichung auf der Internetpräsenz

RUBRIK: LESERBRIEFE

Zuschriften zum Editorial in den KVS-Mitteilungen 02/2023 „Brücken bauen“

Bis zum Eingangsdatum 25. April 2023 erreichten die KV Sachsen zwölf Wortmeldungen, eine davon telefonisch. An dieser Stelle stehen diejenigen Zuschriften, für die eine Zustimmung zur Veröffentlichung vorliegt.

Abs.: Andreas Heyer, Praxis für Psychotherapie, Weißwasser, 20.02.2023

Lieber Dr. Windau,

herzlichen Dank für Ihr Editorial in den aktuellen KVS-Mitteilungen, dem ich vollumfänglich zustimme. Auch aus meiner Sicht braucht es Ärzte und Psychotherapeuten, die versuchen Brücken zu bauen, in der aktuellen Zeit um so nötiger. Die Darstellung einer eigenen Position ist ebenfalls wichtig, um kontroverse Diskussionen anzustoßen. Insofern ist es immer eine Gratwanderung in unserer Berufsgruppe, einerseits integrierend zu wirken, andererseits auch eigene Sichtweisen darzustellen.

Ich möchte noch zu dem Dezember-Editorial die Rückmeldung beisteuern, dass die pointierte Darstellung im Editorial "meiner" KV mich ermutigt hat, mich ebenfalls weiterhin öffentlich zu äußern. Der Kern meiner Rückmeldung an Sie: Wenn das gewählte Führungspersonal der KV voran geht, eine aus Sicht vieler Leitmedien sicher kontroverse, aber begründet dargestellte Sichtweise zu vertreten, ermutigt dies Ärzte und Psychotherapeuten in Sachsen, sich ebenfalls gesellschaftlich einzubringen. Wenn Sie als Führung der KV für Meinungsfreiheit eintreten (und auch Gegenwind vom MDR überstehen), fühle ich mich ermutigt, ebenfalls meine Sichtweise einbringen zu können. Dies wird anderen Kollegen sicherlich ähnlich gehen.

Gerade habe ich einen digitalisierungskritischen Artikel veröffentlicht und diesen auf ähnliche Weise konstruiert, wie Sie es in Ihrem Editorial angeregt haben: Zuerst die eigene Sichtweise auf ein Themenfeld darstellen, abschließend zu einer kontroversen Diskussion der unterschiedlichen Sichtweisen aufrufen. Es gibt eine Vielzahl berechtigter Perspektiven auf jedes Thema und eine Diskussionskultur hilft jeder Perspektive, auch die anderen zu verstehen. Gerade Heilberufe wie Ärzte und Psychotherapeuten sollten sich mehr als bisher für ein multiperspektivisches Verständnis der Wirklichkeit einbringen, kontroverse Diskussionen fördern und damit zu einem Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen. Wenn die KV einen Dialogprozess unter den Kollegen anstößt, begrüße ich das sehr!

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Heyer



Abs.: Dr. Carsten Stibenz, FA f. Allgemeinmedizin, Hartmannsdorf, 20.02.2023

Sehr geehrter Herr Kollege Windau,

da auch ich, zusammen mit Kollegen, eine Replik auf das Dezember-Editorial verfasst habe, hat es mich gefreut, dass der Vorstand der KV durch ihr Editorial in den letzten KV-Mitteilungen zu einem sachlichen Diskurs finden möchte - nach dem kritisierten Editorial des Kollegen Heckemann im Dezember und dem, aus meiner Sicht, etwas selbstgerechten "Neujahrsbrief" des Vorstandes.

Ihre langen Ausführungen zum Thema zielen nach meinem Verständnis im Wesentlichen auf zwei Punkte ab:

Erstens die Frage, ob eine berufspolitische Zeitschrift zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen, auch in Form der persönlichen Meinungsäußerung, Stellung nehmen kann und sollte (was Sie bejahen).

Zweitens die Aufforderung, dass bei kontroversen Meinungen der Diskurs von allen Seiten aufgeschlossen, sachlich und respektvoll geführt werden muss.

Ersten Punkt würde ich ebenso bejahen und er war auch nie der Kritikpunkt unseres Schreibens.

Auch ihrem zweiten Punkt stimme ich zu, aber u.a. genau deswegen erfolgte unsere Kritik.

Der Text war nicht sachlich: Die Aktionen der Klimaaktivisten als "Terror" einzustufen, ist sachlich falsch. "Die Politiker" durch ein Zitat eines befreundeten "bulgarischen Kollegen" als mutmaßliche "Verbrecher" zu titulieren ist sachlich, nun ja, mindestens falsch. Und einen "eingeeengten Meinungskorridor" zu beklagen ist sachlich auch falsch, wenn man gerade ein tausendfach gelesenes, polarisierendes Editorial schreibt und als Konsequenz daraus (Gott sei Dank) nur Widerspruch zu befürchten hat.

Der Text war nicht respektvoll: ich verweise hier nochmal auf die Klimaaktivisten und v.a. auf die Berliner Notarzt-Kollegin, die von Herrn Heckemann, offensichtlich ohne Kenntnis der konkreten Umstände vor Ort, diffamiert wurde (man kann das leider nicht anders sagen).

Für mich ganz entscheidend ist aber noch ein dritter Punkt.

Selbst ein exponierter Vertreter einer Körperschaft öffentlichen Rechts, spielt Kollege Heckemann das "Spiel" der Feinde unserer liberalen Demokratie und untergräbt mit seinen Äußerungen das Vertrauen in unsere Institutionen: wenn man Verschwörungstheorien aufstellt von "manipuliertem Denken" mit dem Ziel die Gesellschaft "... besser regierbar zu machen..." oder wenn man, wie oben schon erwähnt, gewählte Politiker indirekt und unbegründet als "Verbrecher" titulierte, tut man nämlich genau das. Damit macht man sich, auch unfreiwillig, zu deren Helfern. Es ist eben nicht die Frage, ob man sich zu gesellschaftlich kontroversen Themen äußert (Punkt 1), sondern ob man das im Rahmen eines demokratischen Diskurses macht, oder mit dem Ziel (oder auch der unbeabsichtigten Folge), die demokratischen Institutionen zu beschädigen (was sicherlich nicht die Absicht des Kollegen Heckemann war).

Gerade zu letztem Punkt fehlt mir von Seiten der KV bisher eine selbstkritische Reflexion. Ich glaube, gerade dieser Punkt bedingt die heftigen Reaktionen - zumindest bei mir ist das so der Fall.

Mit freundlichen und kollegialen Grüßen!

Carsten Stibenz



Abs.: Dr. Ulrich Elefant, FA f. Innere Medizin, Dresden, 21.02.2023

Sehr geehrter Herr Kollege Windau,

Vielen Dank für Ihren Artikel in den KV-Nachrichten 2/2023.

Sie werben darin zu Recht, Brücken zu bauen und tolerant zu sein.

Rosa Luxemburg dient leider diesem Anspruch nicht, auch wenn ihr berühmtes (und i.d.R. fehlinterpretiertes) Zitat dies so erscheinen lassen mag. Sie war als ausgewiesene Gegnerin der Demokratie, rücksichtslose Revolutionärin und Befürworterin der Zerschlagung der Weimarer Republik eine unrühmliche Stimme im vielgestaltigen Kanon der linken und rechten Demagogen der damaligen Zeit. Parlamentarismus mit dem Ziel des Kompromisses und des „Brücken-Bauens“ war ihr ein Gräuel. Die Diktatur war ihr Ziel. Mitnichten ist sie ein Beispiel für Toleranz und taugt damit keinesfalls als Vorbild für Diskussionen unserer sächsischen Ärzteschaft.

vgl. Artikel "Die Welt": Was „Freiheit der Andersdenkenden“ wirklich meint

Abs.: Dr. Matthias Dittmann, FA f. Augenheilkunde, Dresden, 22.02.2023

Sehr geehrter Herr Dr. Heckemann, sehr geehrter Herr Dr. Windau,

vielen Dank für Ihre jeweiligen Editorials, welche ich in sehr vielen Punkten als sehr zutreffend empfunden habe.

„Freiheit ist auch immer die Freiheit der Andersdenkenden“ sollte und muss wieder mehr in den Fokus der Diskussion und des gesellschaftlichen Diskurses gestellt werden, denn tagtäglich erleben wir Ärzte als Vertrauensperson mit der Verpflichtung zur Verschwiegenheit wie sich Patienten mit Ihren Nöten, Ängsten und Sorgen in medizinischen und zunehmend sozialen Belangen an uns wenden und uns anvertrauen. Oft hört man offen oder zwischen den Zeilen, dass viele Menschen sich nicht mehr getrauen Ihre Meinung frei zu äußern, wenn diese nicht dem offiziellen medialen Meinungskorridor entspricht. Selbst in den Familien wird nicht mehr offen diskutiert, da sich die Spaltung in den Meinungen seit 2015 (Flüchtlingskrise, nachfolgend Coronakrise, nachfolgend Inflation, nachfolgend Kriegsgeschehen mit Waffenlieferungen und über allem die Klimakrise sowie der wirtschaftliche Amerika-China-Konflikt) nicht nur durch die Gesellschaft, sondern durch fast jede Familie zieht. Aber es macht die Demokratie aus, viele Meinungen zu hören und nicht per se Meinungen auszugrenzen oder in eine linke oder rechte Ecke abzurängen. Es macht den einzelnen Menschen und damit die Gesellschaft krank, wenn nicht offen diskutiert wird und die Meinung hinter dem Berg gehalten werden muß. Die gesellschaftlichen Probleme z.B. mit Drogen- und Clan-Kriminalität und die damit verbundenen gesellschaftlichen Entwicklungen und Verwerfungen in unseren Nachbarländern wie Schweden (die höchste Kriminalität in Europa), Dänemark (die Rot / Grüne Regierung hat in der Vergangenheit die Flüchtlingsaufnahme und Zuwanderung deshalb deutlich straffer geregelt), Holland (Richter und investigative Journalisten und selbst Mitglieder des Königshauses werden von den Clan-Kartellen ermordet oder bedroht) und Italien mit dem nachfolgenden Wählerverhalten sollten deutliche Warnsignale sein. Die Liste der diskussionswürdigen Probleme läßt sich beliebig fortsetzen.

Es gilt den sozialen Frieden durch offene mutige Diskussion und beherztes Handeln zu erhalten und unsere Kinder und Enkel eine Zukunft zu ermöglichen und sie auch vor Drogen zu schützen. Offenheit und Abgrenzung sind nicht nur Gegensätze, sondern zum richtigen Zeitpunkt wichtige Überlebensstrategien.

Nach meiner Erfahrung bekommen wir Ärzte ein viel profunderes Stimmungsbild von der Bevölkerung als alle anderen Berufsgruppen oder Meinungsumfrage-Institute - in meinen Augen ein Privileg mit hoher Verantwortung.

Ich wünsche Ihnen von Herzen weiterhin viel Erfolg bei Ihrer herausfordernden Arbeit.

Hochachtungsvoll und mit kollegialem Gruß

Dr. Matthias Dittmann



Abs.: Dr. Sabine Maaß, FÄ f. Orthopädie, Pirna, 22.02.2023

Sehr geehrter Herr Dr. Windau,

schön, dass Sie uns zu Rückmeldungen unter obiger Adresse einladen.

Auf meine letzte Rückmeldung vom 16.12.2022 (hier nochmals in Weiterleitung) habe ich weder eine Eingangsbestätigung noch eine Antwort erhalten, insofern stelle ich mir die Frage der Sinnhaftigkeit, da alles Zeit und Nerven kostet.

In den letzten beiden KVS-Mitteilungen habe ich eine Äußerung von Herrn Dr. Heckemann bezüglich der Reaktionen auf sein Editorial sowie die Veröffentlichung von Leserbriefen sehr vermisst.

Die Wellen müssen ja sehr hoch geschlagen sein bis hin zu einer Petition, ablesbar an der Reaktion vom 22.12.22 auf der Homepage der KVS, in dem Sinne, es seien Formulierungen gewählt worden, die möglicherweise verletzend oder missverständlich gewesen seien...

Ich persönlich finde diese Reaktion sehr befremdlich, da inhaltliche Aspekte hier komplett ausgeblendet werden und ansonsten völliges Schweigen herrscht.

Echte Demokratie und echte Diskussion und auch Mut zur persönlichen Meinung gehen meines Erachtens anders, z.B. so:

„Vielen Dank für Ihre zustimmenden und zum Teil auch sehr kritischen Reaktionen. Ich bin erstaunt, wie stark die Meinungen in der Ärzteschaft hier auseinandergehen. Für mich sind Ihre Meinungsäußerungen Anlass, meine Position kritisch zu hinterfragen und zu reflektieren, auch wenn ich möglicherweise aufgrund meiner persönlichen Konstellation und Prägung zu keinen anderen Schlüssen kommen werde. Vielen Dank für Ihr Engagement!“

Meines Erachtens sollte gerade uns nicht mehr Jungen bewusst sein, dass Leben Veränderung bedeutet und man sich eine gewisse Toleranz und Offenheit in Kopf und Herz bewahren sollte.

Freundliche Grüße

Sabine Maaß

Abs.: Dr. Thomas Baude, FA f. Chirurgie, Thalheim/Erzgeb., 25.02.2023

Lieber Kollege Windau,

meinen Glückwunsch zum Editorial "Brücken bauen" im Heft 02/2023. Ihre darin geäußerten, grundsätzlichen Ansichten hätte ich mir schon während der Covid19-Pandemie gewünscht.

Nach meiner Erinnerung gab es da Zeiten, auch in den Reihen der KVS, da war von Pontius Pilatus "Was ist Wahrheit?" und Rosa Luxemburg "Freiheit ist auch immer die Freiheit der Andersdenkenden" herzlich wenig zu spüren.

Da wir alle ja lernfähig sind, hoffe ich, daß die KVS zukünftig nicht an dieses gelungene Editorial erinnert werden muss.

Mit kollegialen Grüßen

Thomas Baude



Abs.: Dr. Daniel Steinbach, FA. f. Neurologie, Chemnitz, 26.02.2023

Sehr geehrter Herr Kollege Windau,

ich möchte hiermit Ihrer Bitte um Rückmeldung zu Ihrem Editorial "Brücken bauen" nachkommen. Ich muss allerdings voranstellen, dass Ihr Aufruf zur Diskussion nicht besonders einladend wirkt, wenn Sie vor einer kritischen Würdigung von Argumenten den Kritikern schlechten Stil und einen unangemessenen Wahrheitsanspruch vorwerfen. Ich hatte mich an einer Zuschrift auf das Editorial "Von Klebern und Blockern" beteiligt und fühle mich deshalb davon getroffen, auch wenn Sie Ihre Vorwürfe "ausdrücklich nicht auf alle" beziehen. Ich möchte diesen Ball Ihres "Aufschlags" aber sogleich zurückspielen und bitte Sie, in diesem Zusammenhang den Text "Von Klebern und Blockern" doch noch einmal zu lesen: Zum Ende seiner Ausführungen appelliert da der Autor an seine Leser, "diesen Auswüchsen des Zeitgeistes mutig entgegen zu treten, ansonsten ...". Ist da nicht eher der Autor des Textes offenbar von der universellen Gültigkeit seiner Ansichten überzeugt? Insgesamt habe ich leider den Eindruck gewonnen, dass sowohl der Autor als auch die Redaktion der "KVS- Mitteilungen" sich bisher nicht ernsthaft inhaltlich mit der Kritik an dem Text auseinandergesetzt haben. Herr Kollege Windau, Sie schreiben, dass Sie "manches" aus den Reaktionen auf das Dezembereditorial gelernt hätten. Sicher haben sie auch zur Kenntnis genommen, dass selbst von relevanten Medien wie der Chemnitzer „Freien Presse“ und dem MDR die Veröffentlichung aufgenommen und sehr kritisch kommentiert wurde. Vielleicht ist Ihnen auch nicht entgangen, dass wenige Tage nach der Veröffentlichung der Dezemberausgabe der "KVS-Mitteilungen" die Jury der Sprachwissenschaft der Philipps-Universität Marburg "Klimaterroristen" mit - wie ich finde - gutem Grund zum Unwort des Jahres 2022 gekürt haben - eine Vokabel, derer sich Herr Dr. Heckemann nicht nur selbst bedient, sondern die er allgemein zur Beschreibung von Klimaaktivisten geradezu einfordert. Angesichts dessen hätte ich mir eine nachvollziehbare selbstkritischere Auseinandersetzung erhofft. Zu lesen waren diesbezüglich lediglich eine recht unkonkrete Entschuldigung des Autors für "Formulierungen, die möglicherweise missverständlich und verletzend gewirkt haben".

Herr Kollege Windau, Sie plädieren in Ihrem aktuellen Text für das Recht auf freie Meinungsäußerung "auf der Basis von geltendem Recht", welches wohl niemand ernsthaft in Frage stellen würde. Ihre rhetorische Frage, wer "eigentlich die Grenze des Nichtmehrsagbaren" bestimme, verstehe ich allerdings so, dass Sie eine solche möglichst nicht ziehen bzw. durchlässig halten wollen. Aus Perspektive des Lesers möchte ich erwidern, dass ich von der Redaktion der "KVS- Mitteilungen" durchaus erwarte, dass aus deren besonderen Funktion abzuleitende Grenzen des Sagbaren eingehalten werden. Sie sprechen selbst den Status der KVS als "Körperschaft des öffentlichen Rechts" an: "Sie wirkt gegenüber Ihren Mitgliedern sozusagen als Behörde" und die "KVS- Mitteilungen" sind deren offizielles Organ. Für mich als KV-Mitglied sind sie damit in gewisser Weise eine "Pflichtlektüre", die für meine berufliche Tätigkeit wichtige Informationen enthalten und die ich nicht einfach abbestellen oder komplett ignorieren könnte. Als Redaktion haben Sie damit eine garantierte Leserschaft und üben gleichzeitig einen gewissen Autoritätsgradient aus. Sehen Sie bitte darin ein Privileg aber auch eine besondere Verantwortung! Wenn nun Herr Dr. Heckemann die Ansicht vertritt, unsere Gesellschaftsform mit der DDR-Diktatur vergleichen, Politiker als Verbrecher und Klimaaktivisten als Terroristen bezeichnen zu müssen, mag er dies in verschiedensten denkbaren Diskussionsforen vertreten. In den "KVS- Mitteilungen" halte ich das, worin Sie lediglich eine "vielleicht pointiert dargestellte Meinung" sehen, schlicht für nicht sagbar. Als Leser der "KVS-Mitteilungen" wünsche ich mir auch in der Zukunft von der Redaktion Informationen in einer sachlichen und nicht verletzenden Sprache mit wahrhaftigen Inhalten, die sich an belegbaren Fakten orientieren und die für die Ausübung meines Berufs relevant und nützlich sind. Selbstverständlich beziehe ich das Editorial in diese Erwartungen mit ein. Abgesehen vom Text "Von Klebern und Blockern" werden diese Kriterien von den Beiträgen in den "KVS-Mitteilungen" ja auch erfüllt.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Steinbach



Abs.: Jens-Martin Scheidig, FA f. Orthopädie, Dippoldiswalde, 27.02.2023

Anbei mein Leserbrief zum Thema "sozialistische Polikliniken", der im Februar in der DNN veröffentlicht wurde.

Wir müssen aufpassen, dass die Gesamtbedingungen einer freiberuflich geführten Arztpraxis nicht zielgerichtet so verschlechtert werden, dass sich am Ende die großen Klinikketten und andere "Geldverleiher" als "Retter" der ambulanten Versorgung darstellen können, obwohl sie vielleicht durch Lobbyarbeit bei der Politik bewirkt haben, dass insbesondere Facharztpraxen zunehmend unattraktiv werden.

Mit kollegialen Grüßen

Jens Martin Scheidig, FA f.Orthopädie

DNN, Abo-Nr. XXX75 seit ca. 1992 !!

Zur Forderung, Polikliniken wiederaufzubauen

Der DNN zu entnehmen, beklagt die Landtagsabgeordnete der Linken, Frau Susanne Schaper, den zunehmenden Hausärztemangel in Sachsen. Sie fordert, Förderprogramme für Polikliniken zu starten und Ärzte bei der Wohn- und Praxisraumsuche zu unterstützen. Förderprogramme bedeuten in die Taschen des Steuerzahlers (also der Supermarktverkäuferin oder des Bauarbeiters) zu greifen, Subventionen zu generieren und diese beispielsweise den großen milliardenschweren Klinikketten zuzuschanken, damit diese kliniknahe Polikliniken bauen und darüber gleichzeitig ihre nicht immer belegten Krankenhausbetten füllen können.

Für die Wohn- und Praxisraumbeschaffung kann man wieder einen (gut bezahlten) Arbeitskreis schaffen. Dies entspricht eben der linken Herangehensweise.

Die freiheitlich-marktwirtschaftliche (haben wir 1989 so gewollt!) Herangehensweise sieht vollkommen anders aus. Einfach die Attraktivität der Niederlassung als freiberuflich tätige Ärzte erhöhen und dann abwarten, was passiert. Also kein Steuergeld und keine weiteren Regulationseingriffe und Mängelverwaltungsgesetze!

Kurz gefasst gesagt, läßt sich die Attraktivität der Arztpraxis durch Bürokratieabbau (hunderte Beispiele ließen sich leicht zusammentragen), Flexibilisierung der Zulassungsvorschriften (Teilzeitmöglichkeiten, Anstellung von Ärzten in der Praxis, Altersübergang) sowie finanzielle Anreize (im Gegensatz zum angestellten Arzt muß der Selbständige sich um Organisation, Personal, Kredite und Gesamterfolg der Praxis kümmern) steigern. Mit einer Gebührenordnung der privaten Krankenkassen, die 1986 in Mark und Pfennig berechnet wurde und seitdem nicht erhöht wurde (Boycott durch die Politik, da viele Beamte in der Beihilfe/privatversichert sind) oder mit Kürzung der Honorare der gesetzlichen Krankenversicherung zum 1.1.2023 um bis zu 10 % pro Arztpraxis durch Karl Lauterbach wird man allerdings die jährlich prozentual zweistellig steigenden Kosten der Praxis nicht stemmen können und eben keine der freiwerdenden Praxisstellen besetzen können.

Die Wahl zwischen Mangelverwaltung (zum Wohle einiger Klinikkonzerne und Bürokraten) und einer win-win-Situation für alle Patienten und Ärzte mit der Weiterbesetzung der Arztsitze, wie es in über 70 Jahren Bundesrepublik nie ein Problem war, dürfte dem freiheitlich-marktwirtschaftlich denkendem Bürger nicht schwerfallen.

Was die Effektivität der Arbeit angeht, rechnet die Kassennärztliche Vereinigung schon seit Jahren so, dass 2 in Ruhestand gehende „Altärzte“ durch 3 „Poliklinikärzte“ ersetzt werden müssen.



Abs.: Michael Weigert, FA für Neurologie, Leipzig, 07.03.2023

Lieber Stefan Windau,

vielen Dank für den Erklärungs- und Vermittlungsversuch im Editorial 02/2023!

Bereits in der 9. Klasse, ich war dem Kinderzimmer noch nicht so weit entwachsen, hat mich Deine verbale Argumentationsstärke beeindruckt, Du bist dem treu geblieben. Das meine ich ehrlich positiv. Die Reaktion des Vorstandes und des Vorstandsvorsitzenden mit einem im Detail oberflächlichen Neu-jahrsbrief wurde einem Brückenbau zwischen Andersdenkenden meines Erachtens nicht gerecht. Aufgrund der vehementen Reaktionen (u.a. eine Petition mit über 2000 Unterzeichnern) war eine deutlichere Antwort zu erwarten. Brücken zu bauen, setzt voraus, dass der Wille dazu besteht und verschiedenen Meinungen, die in sachlicher und angemessener Streitkultur vorgetragen werden, Raum durch, wie Du schreibst, adäquate Veröffentlichung gegeben wird. Im Gegensatz zu den Reaktionen auf das Editorial 09/2021, ist das bisher nicht geschehen. Wer entscheidet in der Redaktion, wer hat die Stimmen?

Ich kann keinen Willen zu einem konstruktiven Vertrauensprozess erkennen, der alle Mitglieder der KV mitnimmt und den wir grundsätzlich und gerade in der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situation auch für den Erhalt des KV-Systems und unserer Praxen, so es denn gewollt ist, so bitter nötig haben. Machtspiele untereinander können wir mit Sicherheit nicht gebrauchen.

Mit freundschaftlichen Grüßen

Dein

Michael Weigert

Abs.: Mitglied der KV Sachsen, Name ist der Redaktion bekannt, 15.03.2023

Sehr geehrter Herr Dr. Windau,

vielen herzlichen Dank für Ihre Gedanken im Editorial "Brücken bauen". Ich bin sehr froh über Ihr verständnisvolles Statement und das Angebot, sich äußern zu dürfen. Auch das Editorial von Herrn Dr. Heckemann hat mich gefreut, wenn ich auch gehaut habe, welche Schnappatmung das bei einigen "aufgeklärten" Menschen auslösen wird. Zugegeben, es hat mich amüsiert. Und ja, auch ich vermisse eine angemessene Streitkultur. Leider nehme ich mich da nicht aus, denn auch ich muss gestehen, dass ich in den letzten 3 Jahren doch emotionalen Schaden genommen habe. Vieles triggert mich und ich möchte einfach nur noch meckern. Ich habe mich schon immer für Zahlen, Statistik und Evaluation interessiert und war eine der Wenigen, die im Studium gerne in den entsprechenden Vorlesungen saß. Hätte ich allerdings in meiner Statistikprüfung derartigen Quark zu Corona erzählt, wie er uns mitunter präsentiert wurde, hätte mich mein Professor damals sicher mehr als eine Extrarunde drehen lassen. Nun habe ich aber meine Prüfung mit 1,3 bestanden und die Coronadaten von mehreren Seiten beleuchtet. Mein Ergebnis ist ernüchternd. Es war lange vor der Impfpflicht einzusehen, dass die Impfung keinen Fremdschutz liefert. Jeder mit etwas Geschick in Recherchefragen hat das nachlesen können und trotzdem war ich dieser Pflicht aus besagtem Fremdschutzgrund ausgeliefert. Ja, das ist für mich mindestens übergreifend, wenn nicht sogar eine Straftat an mir. Und genau diese Menschen, die am lautesten nach Solidarität in Impffragen geplärrt haben, fühlen sich jetzt gekränkt, wenn Herr Heckemann in ähnlich ideologisch anmutenden Themen einmal Tacheles spricht. Ich kann ihn verstehen, erwarte sogar eine entsprechende Stellungnahme in seiner Position, da er eine gewisse Orientierung vorgibt. Dieser muss nicht jeder folgen, es ist aber auch lebensblöd und recht verklärt, sich darüber endlos aufzuregen. Kopfschütteln und Weitergehen hätte ausgereicht. Ich verstehe oft die Menschen nicht mehr (und das als Psychotherapeutin). Impfen für den Fremdschutz, den es nie gab. Waffen für den



Frieden. Pubertätsblocker für Gehirne, die in Ruhe und Geduld reifen müssen. Klimahysterie, weil Fokus auf nur einem einzigen Klimamodell, das größtmöglich Angst und Schrecken verbreitet. Kommt uns das nicht irgendwo bekannt vor und wurden nicht schon bei Corona und der Anwendung dieses einzigen mathematischen Schweinegrippenrechenmodells ähnliche Fehler gemacht? Nur ein Modell und an dessen Hochrechnungen wurde alles entschieden, Kritiker diffamiert, aus dem Land gejagt, der Job weggenommen usw. usf. (Einer von ihnen hat sich kürzlich suizidiert.)

Beim Klima jetzt also genauso? Der Dämon, der sich mit dem Schuld kult durchs Dorf jagen lässt, scheint beliebig austauschbar. Echt jetzt?! Wo ist die Psychoneuroimmunologie, wenn man sie braucht? Aber stimmt, die Vertreter dieser ganzheitlichen Betrachtungsweise des Menschen als soziales Wesen haben wir ja in den letzten Jahren als Verschwörer diffamiert. Ich sage nur: das kann ja heiter werden!

Danke für die Möglichkeit und Ihr Interesse. Ich möchte dennoch bitten, meine Gedanken hierzu nur anonym zu veröffentlichen.

Mit nachdenklichen Grüßen

Abs.: Ellen Francke, FÄ f. Allgemeinmedizin, Thum, 25.04.2023

Sehr geehrter Herr Windau,

Sie rufen im Editorial der KV-Mitteilungen 2-2023 zu Rückmeldungen auf, hier ist meine.

Ich gehöre zu den ablehnenden Mitgliedern der KVS zum Editorial von Herrn Heckemann im Heft 12-22. (siehe mein Schreiben vom 21.12.22)

Zur demokratischen Diskussion gehören sicherlich unterschiedliche Sicht- und Denkweisen, die auch jeder im geeigneten Rahmen kundtun kann. Aber als Vertreter einer größeren Menschengruppe muss man mit Bedacht auswählen, was man sagt und wozu man sich äußert, weil man Mitglieder dieser Gemeinschaft damit vor den Kopf stößt oder deren Sichtweise eben nicht teilt. Anderenfalls riskiert man ablehnende Gegendarstellungen bis hin zur Nichtakzeptanz.

Politische Äußerungen sind immer an Interessen gebunden! Ergo sollte sich der KV-Vorstand auch nur zu Dingen äußern, die seinem Aufgabenspektrum u.a. der Vermittlung zwischen Ärzten und Krankenkassen entsprechen. Hier gibt es genug zu tun! Ich bin als KV-Mitglied gerne bereit, den Vorstand bei dieser Tätigkeit zu unterstützen!

Mein Vertrauen in den KV-Vorstand wurde jedoch schon früher erschüttert, genauer gesagt mit Einführung der TI in den Praxisalltag oder das Durchsetzen der Bereitschaftsdienstreform, koste es was es wolle.

All unsere Bedenken und kritischen Hinweise auf KV-Vor-ORT-Versammlungen oder in schriftlicher Form wurden überhört bzw. abgewiegelt. Hier hätte ich mir mehr demokratisches Mitspracherecht bzw. ernsthafteres Nachdenken von Seiten des Vorstandes gewünscht! Denn viele der vorausgesagten Missstände sind eingetreten (wahnsinnige Kosten für eine noch heute schlecht funktionierende Hardware in der TI verbunden mit mehr Zeitaufwand und Störungen im Praxisablauf, lange Fahrwege oder unnötige Konsultationen im Bereitschaftsdienst mit dem Resultat, dass nur noch wenige Kassenärzte ihre Dienste selbst leisten u.a.).



Auch wenn dies Vorgaben vom Bund waren, bei der Ausgestaltung und Umsetzung hätten alle KV-Mitglieder einbezogen werden können und müssen (Demokratie!).

Die Pandemie von 2020-2023 hat mir auch gezeigt, wie wenig der Vorstand seine Mitglieder unterstützt und hinter den Selbigen steht. Statt Durchhalteparolen und Bittschreiben für Selbstverständlichkeiten, man möge doch seine Praxis geöffnet halten, wären eine vollumfängliche Vergütung der zusätzlichen Leistungen unter erschwerten Bedingungen bei Betreuung von an Corona Erkrankten und die ausreichende Bereitstellung von Schutzausrüstungen (Schutzkleidung, Masken, Impfstoffe, Desinfektionsmittel u.a.) dringlicher gewesen. Stattdessen wurden im Nachgang eigens beschaffte Schutzgegenstände nur für den ersten Monat der Pandemie erstattet! Als ob ab April 2020 ausreichend Schutz vorhanden war! Ist das ihr Ernst?

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Ablehnung von Seiten des KV-Vorstandes, mir die GOP 99437, welche eine pandemiebezogene und vorübergehende Extravergütung beim Besuch von Corona-positiven Patienten in der Häuslichkeit darstellte, zu vergüten, da diese GOP nur im Zusammenhang mit einer Hausbesuchsziffer gültig war, letztere jedoch ausschließlich auf dem HZV-Schein abgerechnet werden musste. Die Ziffer 99437 war dazu gedacht, die besondere Schwere unserer Arbeit in dieser Ausnahmesituation zu honorieren. Aber wahrscheinlich zählen die HZV-Ärzte nicht zur Gruppe der besonders gefährdeten Ärzte in dieser Zeit.

Es ging hier in meinem Beispiel um ca.300 Euro! Wie aus der Presse bekannt, ließ sich die KV andererseits um Millionen betrügen wegen Falschabrechnens.

An der HZV teilgenommen habe ich ab dem Zeitpunkt, als man mich für die Nicht-Anbindung an die TI mit Honorarabzug bestrafte!

Ich hätte auch am KV-eigenen Hausarztvertrag teilgenommen. Diesen gab es aber damals noch nicht und war mit seinem Erscheinen schlecht und viel zu kompliziert gestaltet, bedeutete keine Vereinfachung und Erleichterung für uns Hausärzte. Wo ist er eigentlich abgeblieben?

Die jüngst verordnete Androhung von Strafe für die am Bereitschafts-Fahrdienst teilnehmenden Ärzte, wenn sie mit den Notfallpatienten vor der Fahrt in Kontakt zu treten, ist ein weiterer übergreifiger Verwaltungsakt der KVS. Er spricht uns Ärzten jegliche Berufserfahrung und Kompetenz ab.

Sie sehen Herr Windau, es gibt genug eigentliche Aufgaben berufspolitischer Natur für die KVS, über die zu berichten und in einen Diskurs zu treten die Mitglieder befriedigen und aufzeigen würde, wo es Handlungsbedarf gibt bzw. was erreicht oder leider in den Verhandlungen mit den Kassen nicht erreicht wurde. Eine gute Darstellung dessen gelang zuletzt Herrn Rohrwacher im gleichen KV-Heft 12/22.

Wer das „Unwort“ des Jahres 2022 mehrfach in einem Editorial benutzt, hat sich selbst in's Aus geschossen. Wenn Herr Heckemann auf dem Weg in die Semper-Oper wegen auf die Straße geklebter junger Leute zu spät kommt, ist das wohl eher zu verschmerzen als eine nicht mehr lebensfähige Erde, Wo ist hier die Verhältnismäßigkeit geblieben, bei diesen hilflosen Aktionen der Klimaretter von Terror zu sprechen?

Ich erwarte eine Entschuldigung vom Vorstand der KVS als meinen Standesvertreter für diesen Fehltritt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ellen Francke

Anmerkung der Redaktion zur TI: Die Einführung der TI wurde vom Gesetzgeber so vorgegeben. Die KV ist zur Durchsetzung der gesetzlichen Regelungen verpflichtet.